

Kontakte:

Projektstage/ Mobile Beratung in Schulen in Sachsen:

Netzstelle Chemnitz

Mail: chemnitz@netzwerk-courage.de
Tel.: 0371 – 666 09 08

Netzstelle Dresden

Mail: dresden@netzwerk-courage.de
Tel.: 0351 – 48 100 65

Netzstelle Leipzig

Mail: leipzig@netzwerk-courage.de
Tel.: 0341 – 337 34 97

Quellen:

Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Beutelsbacher Konsens, URL: <https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>, letzter Zugriff: 04.03.2019

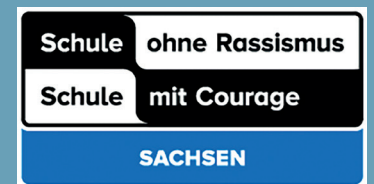
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): Fragen und Antworten zu den Meldeportalen der AfD, URL: <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>, letzter Zugriff: 04.03.2019

Kultusministerkonferenz (2018): Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 in der Fassung vom 11.10.2018, o.O.
Staatsministerium für Kultus (2018): W wie Werte. Handlungskonzept zur Stärkung der demokratischen Schulentwicklung und politischen Bildung an Schulen, o.O.

**Sehr geehrte Schulleiter_innen,
sehr geehrte Lehrer_innen,
sehr geehrte Schulsozialarbeiter_innen,**

in den vergangenen Monaten wurde verstärkt von Schulen ein Bekenntnis zur politischen Neutralität gefordert. Dabei bleibt der Begriff „Neutralität“ aber inhaltlich meist ungefüllt und gibt viel Raum für Interpretation. Diese Forderung sorgt daher im Kontext Schule vielerorts für Verunsicherung, was gesagt und getan werden darf und was nicht. Die AfD-Frakturen haben in einigen Bundesländern Portale im Internet eingerichtet, auf denen Schüler_innen und Eltern Lehrkräfte mit vermeintlich nicht neutralen Positionen melden sollen.

Diese Ereignisse nehmen wir zum Anlass, diese Hinweise zu Haltung und Umgang mit politischen Positionierungen im Kontext Schule zusammenzustellen. Dieses Papier basiert unter anderem auf dem Beschluss der Kultusministerkonferenz in der Fassung vom 11.10.2018 mit dem Thema „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ sowie dem Handlungskonzept zur Stärkung der demokratischen Schulentwicklung und politischen Bildung an sächsischen Schulen „W wie Werte“ des Staatsministeriums für Kultus des Freistaates Sachsen.



V.i.S.d.P.
Nina Gbur
Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.
Netzwerk für Demokratie und Courage in Sachsen (NDC)
Könneritzstr. 7, 01067 Dresden



Schule als Ort mit besonderer Verantwortung

Die Einrichtung Schule als gesellschaftliche Institution trägt eine besondere Verantwortung, da in ihr alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden können. Sie ist ein Ort der demokratischen Wissensvermittlung sowie demokratischer Erfahrungsraum: „Schule muss ein Ort sein, an dem demokratische und menschenrechtliche Werte und Normen gelebt, vorgelebt und gelernt werden“¹. Der Institution Schule werden somit zwei daraus folgende wichtige Aufgaben zuteil: Einerseits sich gegen menschenverachtende, ausgrenzende und antidemokratische Einstellungen und Handlungen zu positionieren und ihnen entgegenzuwirken, andererseits proaktiv Menschenrechte und grundlegende Werte wie Respekt, Empathie, Toleranz und gegenseitige Achtung zu vermitteln und Übungsräume dafür zu bieten.²

Schule darf nicht neutral sein

Aus dieser besonderen Verantwortung leiten sich noch mehr Aufgaben und Ziele für die Institution Schule ab. Der Ort Schule darf nicht wertneutral sein. Dies belegt auch der 1976 von Hans-Georg Wehling formulierte „Beutelsbacher Konsens“ mit seinen drei Grundprinzipien:

1. Überwältigungsverbot: Es ist nicht erlaubt, den_die Schüler_in – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbständigen Urteils“ zu hindern.

2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen (Kontroversitätsgebot).

3. Der_die Schüler_in muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine_ihre eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner_ihrer Interessen zu beeinflussen (Subjektorientierung).³

Gesellschaftliche Kontroversität und unterschiedliche Positionen sollen Raum in Diskussionen in der Schule und im Unterricht finden. Jedoch bedeutet es nicht, dass Lehrende alle Aussagen kommentarlos hinnehmen sollen: „Wenn Schülerinnen und Schüler in einer Diskussion Standpunkte äußern, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den Menschenrechten nicht vereinbar sind, dürfen Lehrerinnen und Lehrer diese keinesfalls unkommentiert und unreflektiert lassen.“⁴ Die anspruchsvolle Aufgabe für Lehrkräfte und an der Schule Tätige besteht darin, verschiedene Perspektiven zu beleuchten, zu moderieren, aber eben auch bei Bedarf gegenzusteuern und Grenzen aufzuzeigen.

Schule als Ort gelebter Demokratie

Der Ort Schule soll die Möglichkeiten bieten, Demokratie zu lernen und zu leben. Es sollen Lernräume geschaffen werden, in denen geübt wird, die Position eines anderen nachzuvollziehen, zu verstehen und zu reflektieren. Dabei ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche „die Vorzüge, Leistungen und Chancen der rechtsstaatlich verfassten Demokratie erfahren und erkennen, dass demokratische Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz niemals zur Disposition stehen dürfen“⁵. Es sollen Lernprozesse ermöglicht werden, Respekt gegenüber Menschen und Meinungen zu

üben, Zivilcourage zu stärken, demokratische Verfahren und Regeln zu verstehen und Konflikte gewaltfrei zu lösen. Demokratie soll dabei nicht nur als politisches System, sondern auch als Lebens- und Gesellschaftsform verstanden werden. Sie betrifft alle Menschen in ihrem täglichen Miteinander sowie Entscheidungen des Schulischen und Alltäglichen, zum Beispiel das Ziel der nächsten Klassenfahrt.

Was tun bei Anfragen oder Angriffen

Falls Abgeordnete aus Land- oder Bundestag konkrete Anfragen an Sie als Schulleiter_in stellen, zum Beispiel mit wem Sie Kooperationsveranstaltungen durchführen oder wann diese Veranstaltungen stattfinden, sind Sie nicht verpflichtet, darauf zu antworten.

Zu den Portalen, auf denen Vorfälle an Schulen gemeldet werden können, die im Sinne der AfD als nicht politisch neutral betrachtet werden, gibt es momentan noch keine rechtliche Klarheit.

Betroffene Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter_innen und Schulleiter_innen haben aber die Möglichkeit, zivilrechtlich vorzugehen. Laut der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) gelten personenbezogene Daten als grundsätzlich schützenswert. Die AfD benötigt daher die explizite Einwilligung der betroffenen Personen zum Speichern oder zur Weitergabe der Daten. Holt sie diese nicht ein, wäre dies rechtswidrig und muss durch den Landesdatenschutzbeauftragten geprüft werden.⁶ Als Gewerkschaftsmitglied besteht in diesem Fall die Möglichkeit, die gewerkschaftliche Rechtsberatung in Anspruch zu nehmen.

Kooperationen und Unterstützungsmöglichkeiten

Schulleiter_innen und Lehrkräfte stehen bei diesen Herausforderungen und anspruchsvollen Aufgaben nicht allein da. Wir als Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. und Landeskoordination des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ in Sachsen bieten verschiedene Möglichkeiten der Unterstützung.⁷ Wir begleiten Schulen, die den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ erlangen wollen, vor und während der Titelerlangung und unterstützen sowohl Schülerinnen und Schüler wie auch Lehrkräfte sehr gern dabei, Projekte gegen Diskriminierung und Rassismus zu initiieren und umzusetzen. Mit unseren Bildungsangeboten, wie unseren Projekttagen zu Themen wie Diskriminierung, Rassismus und couragiertem Handeln, beabsichtigen wir, gesellschaftliche Entwicklungen und Tendenzen in ihrer Vielfalt und Komplexität sichtbar zu machen. Indem die Jugendlichen sensibilisiert und zu eigenem Engagement ermuntert werden, tragen sie aktiv dazu bei, unsere Demokratie zu stärken.

Durch unser Angebot der Schulberatung als Form der Mobilen Beratung an Schulen als Teil des Beratungsnetzwerks des Demokratie-Zentrums Sachsen stehen wir Schulleiter_innen, Lehrkräften, Schulsozialarbeiter_innen und Schüler_innen bei der Prävention und Entwicklung von Handlungsstrategien gegen menschenverachtende Einstellungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit an ihrer Schule beratend und moderierend zur Seite.⁸

¹ Kultusministerkonferenz 2018: 3

² vgl. Kultusministerkonferenz 2018: 2

³ BpB 2011

⁴ Kultusministerkonferenz 2018: 5

⁵ Kultusministerkonferenz 2018: 5

⁶ GEW o.J.

⁷ vgl. Kultusministerkonferenz 2018: 7

⁸ vgl. Staatsministerium für Kultus 2018: 5 f.